

BASis Info 6/2015

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

03.07.2015

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit Montagmorgen beraten wir im Bundestag über Griechenland. Der Abbruch der Verhandlungen durch die griechische Regierung hat uns alle überrascht. Dabei haben die Gläubiger auf den Verhandlungstisch gelegt, was wir als SPD immer gefordert haben: keine einseitigen Sparmaßnahmen mehr, sondern u.a. Wachstumsinvestitionen von 35 Milliarden Euro, Rücksicht auf soziale Härten und eine gerechtere Steuerpolitik. Das Schicksal der Menschen in Griechenland liegt mir sehr am Herzen, aber das Taktieren der griechischen Regierung macht mich fassungslos. Es ist höchste Zeit für klare Entscheidungen mit Perspektive.

Jede Regierung hat das Recht, ihr Volk in einem Referendum über seine Zukunft entscheiden zu lassen. Die SPD ist für Volksentscheide. Es muss aber klar sein, worüber entschieden wird und die Menschen müssen auch eine wirkliche Wahl haben. Ich hoffe auf eine verantwortungsvolle Entscheidung der Menschen in Griechenland. Wir Sozialdemokraten werden die Entscheidung respek-

tieren und die Menschen in keinem Fall im Stich lassen.

Wir brauchen ein starkes Europa, das solidarisch zusammenhält. Gerade bei der Flüchtlingspolitik. Gegenwärtig nehmen fünf Länder gut 70 Prozent aller Asylsuchenden auf. Der Europäische Rat hat sich jetzt auf eine freiwillige Quote geeinigt. Dieser Minimalkonsens ist aber leider überhaupt nicht solidarisch – weder mit den Mittelmeerrainern noch mit den Flüchtlingen. Die freiwillige Quote ist skandalös. Um es klar beim Namen zu nennen: Vor allem osteuropäische Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn, aber auch Großbritannien oder Portugal haben die Bilder der Schiffskatastro-



Vielen Dank der DGB-Jugend Duisburg für die tolle Aktion "Wir sind DU - für eine offene und bunte Welt".

phe vom 19. April und die tägliche Tragik im Mittelmeer scheinbar schon wieder verdrängt. Das ist beschämend. Wir brauchen einen fairen und festen Verteilungsschlüssel in der EU.

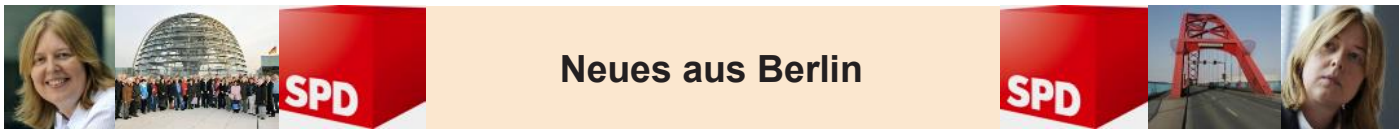
Derweil verdoppelt der Bund seine Soforthilfe für Länder und Kommunen auf 1 Milliarde Euro. Ab 2016 leistet er einen dauerhaften wie substanziellen Kostenbeitrag für Versorgung, Unterkunft und Integration von Asylsuchenden. Eine Arbeitsgruppe von Bund und Länder erarbeitet dazu bis Herbst 2015 Vorschläge.

Am Montag beginnt die parlamentarische Sommerpause. Wir haben im ersten Halbjahr zum Beispiel die Entlastungen für die Kommunen auf den Weg gebracht. Und für 2015 noch viel vor: Werk- und Leihverträge, Entgeltgleichheit oder die Erbschaftssteuer.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: 1. Lesung zur Sterbehilfe im Bundestag

Im November 2014 hat der Deutsche Bundestag die Debatte zur Sterbehilfe begonnen. Auslöser war unter anderem der rechtlich unklare Umgang mit Vereinen oder Gemeinschaften, die Sterbehilfe geschäftsmäßig anbieten. Suizidbeihilfe ist nach geltendem Recht erlaubt, Ärzte können aber unter Umständen standesrechtlich belangt werden. Jetzt liegen vier fraktionsübergreifende Gruppenanträge vor. Am 2. Juli fand die erste Lesung statt. Ein guter Zeitpunkt für einen Überblick.

Die Gruppe um die Abgeordneten Eva Högl, Kerstin Griese, Michael Brand und Harald Terpe hat einen Gesetzesentwurf zur „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ vorgelegt. Die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung im Strafgesetzbuch wird mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe belegt. Es wird zwischen Strafbarkeit bei geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe und Straflosigkeit in individuellen Einzelfällen unterschieden. Für die Straflosigkeit werden keine Einschränkungen vorgenommen. Angehörige oder Nahestehende machen sich nicht strafbar.

Die Gruppe um die Abgeordneten Burkhard Lischka, Carola Reimann und Peter Hinze schlägt ein Gesetz zur „Regelung der ärztlich begleiteten Lebensbeendigung“ vor. Die Kolleginnen und Kol-

legen streben eine Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch an, die es Ärzten ausdrücklich ermöglicht, dem Wunsch des Patienten nach Sterbehilfe entsprechen zu können. Dazu wird ein neuer Paragraph „Ärztlich begleitete Lebensbeendigung“ geschaffen. Das Strafrecht soll nicht geändert werden. Mit diesem Ansatz verbinden die Initiatoren die Hoffnung, durch die Klarstellung zur ärztlichen Suizidbeihilfe, dem Wirken von Sterbehilfevereinen in Deutschland die Grundlage zu entziehen.

Ein Dritter Vorschlag stammt von einer Gruppe um die Abgeordneten Renate Künast, Kai Gehring und Petra Sitte. Ihr Gesetzesentwurf über die „Straffreiheit der Hilfe zur Selbsttötung“ will ebenfalls die geschäftsmäßige Sterbehilfe strafrechtlich streng regulieren. Alle anderen individuellen Ausprägungen der Sterbehilfe sollen aber weiter straffrei bleiben. Hinzu kommen zahlreiche Vorschläge für zusätzliche Beratungspflichten und Hilfsangebote. Leitgedanke ist die Selbstbestimmung der Menschen.

Jede Form der Sterbehilfe unter Strafe stellen will eine Gruppe um Patrick Sensburg und Thomas Dörflinger. Ihr Gesetzesentwurf „Strafbarkeit der Teilnahme an der Selbsttötung“ unterscheidet in seiner Begründung zwischen Ende des Leidens und Ende des Lebens. Daraus entwickeln sie die Forderung nach

der Bestrafung jeder Beteiligung an Selbsttötungen.

In den vergangenen Monaten haben viele Abgeordnete einen der Vorschläge mitgezeichnet. Ich unterstütze die Gruppe Högl/Griese. Andere Kolleginnen und Kollegen haben sich noch nicht entschieden oder haben andere Vorstellungen. So konnte der Vorschlag, die Rechtslage überhaupt nicht zu ändern, zwar Unterstützer gewinnen, aber nicht die für Gruppenanträge nötige Mindestzahl an Unterstützern (32 Unterschriften = 5% der Abgeordneten) erreichen.

Das Thema bewegt die Menschen. Das zeigt sich bei vielen spontanen und organisierten Diskussionen. Auch im April in Duisburg. Fast überall werde ich auf die Sterbehilfe angesprochen. Viele wollen mir einfach ihre Geschichte erzählen. Das ist sehr bewegend. Und es ermutigt mich und meine Kolleginnen und Kollegen, die Debatte weiter ernsthaft und mit der nötigen Würde voranzutreiben. Auf die erste Lesung der Gruppenentwürfe werden nach der Sommerpause intensive Beratungen und Anhörungen folgen. Alle Entwürfe werden im Laufe der Beratungen sicher noch einmal konkretisiert und verändert werden. Ich bin sehr gespannt, wie die Vorschläge aussehen werden, über die wir vermutlich im Winter abschließend abstimmen werden.



Unterwegs im Wahlkreis: Am Donnerstag habe ich das Veronika-Haus in Rumeln-Kaldenhausen besucht (Foto: Udo Milbret), wo ein Pilotprojekt der Bundesregierung zur Reform des sogenannten "Pflege-TÜV" durchgeführt wird. +++ Einen Tag später habe ich mit den Kindern der AWO-Betriebs-Kita der DB Schenker Rail AG zum Thema Wasser geforscht. Die Kita wurde gerade als "Haus der kleinen Forscher" prämiert. +++ Und am Sonntag war ich Schirmherrin des Internationalen Fußball- und Familienfestes auf der Anlage des VfL Wedau. Mit dabei: Mein Bas-Team. Besonders gefreut hat mich die Teilnahme von drei Flüchtlings-Teams.



Bund unterstützt Stadtmauer-Restaurierung

Der Einsatz für Duisburg hat sich gelohnt: Die Stadt bekommt für die Stadtmauer-Restaurierung noch einmal 80.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Programm des Bundes. Das freut mich sehr. Bereits im November 2014 hatte die Stadt 50.000 Euro vom Bund erhalten. Die Stadtmauer ist eines von bundesweit 124 Denkmalschutzprojekten, die jetzt noch stärker gefördert werden. Im März hatte ich die Staatsministerin für Kultur und Medien angeschrieben und betont, dass unsere Stadtmauer zu den bedeutendsten Anlagen ihrer Art zählt und ich den Antrag der Stadt Duisburg daher ausdrücklich unterstütze.

Mit dem PPP in die USA: Mein Bundestagskollege Mahmut Özdemir und ich haben unsere StipendiatInnen für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) 2015/2016 in die USA verabschiedet. Für Franziska Böhme vom Mannesmann-Gymnasium und Nils Menßen vom Steinbart-Gymnasium startet Mitte August der Flieger in die USA. Ein Jahr werden die beiden 15-Jährigen Gastfamilien leben. Das PPP-Stipendium umfasst die Reise- und Programmkosten sowie die Versicherungskosten. Wer 2016/2017 in die USA gehen möchte, kann sich noch bis 11.09.2015 für das PPP bewerben. Gleichzeitig werden Gasteltern für junge Amerikaner in Duisburg gesucht.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++06.07.: Stammtisch AG 60plus in Großenbaum/Rahm+++

+++11.07.: Sommerfest der IG BCE Duisburg+++

+++24.07.: 1. Spiel + 1. Sieg für den MSV gegen den 1. FC Kaiserslautern+++

+++10.07.: Ehrenamtsfest der AWO Duisburg+++

+++15.07.: Gespräch mit IG-BCE-Senioren im DGB-Haus+++

+++Weitere Termine gibt es auf www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende

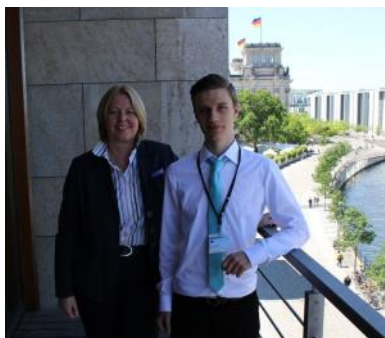


Junge Leute und Politik? Klar!

Mittendrin im Bundestag war der 16-jährige Patrick Schüren aus Rheinhessen beim fraktionsübergreifenden Planspiel „Jugend und Parlament“ Sein Fazit: „Abgeordneter ist ein toller Job, aber auch ganz schön viel Arbeit.“

Katja Köhler (17) aus Großenbaum hat es scheinbar so gut gefallen, dass sie zum zweiten Mal bei mir war: 2013 zum Girls' Day, jetzt zum Schülerpraktikum. Eine Woche in Berlin, eine Woche im Wahlkreis—inklusive Kita-Besuch.

Wechsel bei der PL: Matthias Miersch ist neuer PL-Sprecher, mit 100% (!) Zustimmung. Als Schatzmeisterin durfte ich beim Sommerfest seinen Vorgänger Carsten Sieling verabschieden und Geschenke übergeben. Eine Karikatur für sein Büro und Flickzeug für sein Dienstfahrrad.



Mein Tagebuch

Der neue PL-Sprecher hat Humor. Bei seiner Vorstellungsrede im Rahmen unseres PL-Mittagstisches hat Matthias Miersch erzählt, dass sein Lebenspartner Fußboden-Fachmann sei. Wer bedarf für neues Parkett habe, könne sich gerne bei ihm melden. Bis jetzt sind aber noch keine Bestellungen eingegangen.

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause muss viel abgearbeitet werden. Parlamentarische Geschäftsführerinnen brauchen Steherqualitäten bei der „langen Nacht der Debattenkultur“. Gestern waren wir schon um 23.05 Uhr mit der Tagesordnung durch und heute um 8.30 Uhr pünktlich bei der SPD-Fraktionssitzung.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas



Angela Merkel durfte am Montag in der SPD-Fraktion zu Griechenland berichten. Diskutiert haben wir dann aber unter uns.

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de